

Vortragsthema von Dr. Sascha Arnautović
im Rahmen der 1. AIES-KFIBS-Nachwuchstagung
„Die Europäische Union im Dauerkrisenmodus? ‚Schicksalswahlen‘ 2017 in
einzelnen EU-Mitgliedstaaten und der Beginn des EU-Austrittsprozesses
Großbritanniens“ am 17. November 2017 in Wien:

**„Europäische Führungsmacht Deutschland:
Wie deutsche Europapolitik stabilisierend auf die EU wirken kann“**

Abstract:

Spätestens mit Beginn der Finanz- und Wirtschaftskrise im August 2007 und der sich daran anschließenden Staatsschuldenkrise ab 2008 ist die wachsende Bedeutung Deutschlands als Stabilitätsanker und Krisenmanager Europas nicht mehr von der Hand zu weisen. Dennoch gibt es ein Problem mit der Führungsrolle der Bundesrepublik in der Europäischen Union (EU): So ist deutsche Führung nicht von allen EU-Mitgliedstaaten erwünscht, wird sie doch von manchen sogar als Diktat empfunden. In diesem Zusammenhang stellt sich die Frage nach der geteilten Führung mit Frankreich (Stichwort: „deutsch-französisches Tandem“). Das „Paradox der deutschen Stärke“ (Hans Kundnani) kann nämlich nicht aufgelöst werden: einerseits ist Deutschland mächtig genug, um eine führende Rolle in Europa zu spielen; andererseits ist es aber zu schwach, um Europas Staaten seinen Willen aufzuoxtroyieren. Im Hinblick auf die Zielsetzung der Analyse gilt es, folgende zweigeteilte Frage zu beantworten: Welche Konsequenz hat die neue Rolle Deutschlands in Europa – und wie sollte sich Berlin sinnvollerweise strategisch positionieren, um eine ausgewogene Führung zu übernehmen?

Doch wie stellt sich die Lage der Union im Jahr 2017 dar und welche Folgewirkung resultiert daraus für Deutschlands Rolle in Europa?

Nach den Wahlausgängen 2017 zugunsten proeuropäischer Politiker in den Niederlanden (Mark Rutte) und in Frankreich (Emmanuel Macron) erscheint eine Trendwende gegenüber den (Negativ-)Entwicklungen des Jahres 2016 – sprich: Brexit-Votum, Flüchtlingskrise und die Wahl Trumps zum US-Präsidenten – möglich. Angesichts der zeitweise düsteren Aussichten für Europas Zukunft wirkt Deutschland wie ein Stabilitätsanker in turbulenten Zeiten. Dies führt dazu, dass die „Vormacht wider Willen“ (Stephan Bierling) einmal mehr gefordert ist, mehr Verantwortung und sogar die Führungsrolle in der EU zu übernehmen, um das europäische Projekt vor einem – nach wie vor – möglichen Scheitern zu bewahren. Da Deutschland jedoch nicht im Sinne einer alleinigen Führungsmacht mit hegemonialen Ambitionen (Herfried Münkler: „Wir sind der Hegemon“) agieren kann, bietet die Wahl des Proeuropäers Macron im Mai 2017 zum französischen Staatspräsidenten ein „Fenster der Gelegenheit“, um den Vormarsch der Nationalisten und Rechtspopulisten in Europa Einhalt zu gebieten und um die Einheit der EU zu bewahren. Doch trotz der verbesserten Lage der Union in diesem Jahr scheint die zwischenzeitliche Atempause nur von kurzer Dauer zu sein. So stehen beispielsweise die Antworten auf die Flüchtlingskrise noch aus. Aber damit nicht genug: Auch jenseits der europäischen Grenzen wird die EU herausgefordert. Neben US-Präsident Donald J. Trump und Russlands Präsident Wladimir Putin treibt auch der türkische Staatspräsident Recep Tayyip Erdoğan Deutschland und Europa mithilfe des EU-Türkei-Flüchtlingspakts vor sich her. Es droht die Spaltung der EU-Mitgliedstaaten und damit das Ende der europäischen Solidargemeinschaft.

Vor diesem Hintergrund gilt es, Handlungs- und Politikempfehlungen auszusprechen, um eine Sicherung des europäischen Zusammenhalts zu ermöglichen. Die Bundesrepublik sollte daher das entstandene Zeitfenster für dringend notwendige EU-Reformen sowie zusätzlich Frankreichs erkennbare Bereitschaft zu einem verstärkten europapolitischen Engagement nutzen, um die EU politisch zu stabilisieren und um eine Verbesserung der gesamteuropäischen Situation herbeizuführen. Eine Stärkung der deutsch-französischen Partnerschaft vonseiten Berlins erscheint unerlässlich, insbesondere deshalb, weil Frankreichs Präsident Macron mit seiner Vision für Europa vom September 2017 eine wichtige Grundlage geschaffen hat, auf der sich für die deutsche Europapolitik – trotz vorhandener Interessendivergenzen zwischen Berlin und Paris – aufbauen lässt. Derzeit gilt: Je eher Deutschland Regierungsfähigkeit herstellt (Stichwort: „Jamaika-Koalition“), desto eher ist Berlin bzw. das Bundeskanzleramt als „Schaltzentrale Europas“ (Eric Bonse) wieder politisch handlungsfähig – im Verbund mit Frankreich als „Partner auf Augenhöhe“ (Marcel Fratzscher).